

Factsheet Türkei

Stand: Juni 2022



Karte: CIA, 2006.

1 Facts & Figures

Bevölkerung. Gemäss [Statistikinstitut der Türkei](#) (2021) 84 Millionen. 93.2 Prozent leben in Distrikt- und Provinzzentren, 6.8% in Städten und Dörfern («towns and villages»).

Ethnien. Türkisch 70 bis 75%, kurdisch 19%, andere Minderheiten 6 bis 11% ([Schätzung 2016](#)).

Religion. Islam [99.8%](#) (hauptsächlich sunnitisch, Anteil Aleviten geschätzt mit grosser Bandbreite von [6 bis 31%](#)), andere 0.2% (hauptsächlich Christen- und Judentum).

Politisches System. Präsidentialrepublik. Präsident: Recep Tayyip Erdoğan ([seit 2014](#)).

2 Risikoprofile

- Personen, die mutmassliche **Verbindungen zur Gülen-Bewegung** aufweisen und ihre Familienangehörigen

- Personen mit mutmasslichen **Verbindungen zur verbotenen Guerilla «Arbeiterpartei Kurdistans» PKK**, PKK-nahen Gruppierungen oder den PYD/YPG und ihre Familienangehörigen
- Kurdische Politiker*innen, insbesondere der Parteien **HDP und DBP**, Unterstützende und Mitglieder der HDP und DBP
- **Menschenrechts-**, Bürgerrechts- und politische **Aktivist*innen**, Umweltaktivist*innen, Personen, die Menschenrechtsverletzungen dokumentieren
- Kritische **Medienschaffende** und deren **Familien**
- Personen, die sich **öffentlich oder in sozialen Medien regierungskritisch** äussern
- **Anwält*innen** (werden aufgrund der rechtlichen Vertretung von Gülenist*innen oder PKK-Verdächtiger ebenfalls terroristischer Aktivitäten beschuldigt)
- **Gewerkschaftsangehörige**
- **Frauen und Kinder** (Gewalt im [Namen der Ehre](#), [Gewalt](#) gegen Frauen, [Kinderheirat](#)).
- **Exilpolitisch** regierungskritisch aktive Personen
- **LGBTI** (Hassverbrechen)

3 Jüngste Entwicklungen

Prekäre Menschenrechtsslage. Personen, welche die Regierung als Kritiker*innen oder politische Gegner*innen einschätzt, können verhaftet, strafrechtlich verfolgt und wegen falscher und zu weit gefasster Terrorismus- und anderer Anschuldigungen verurteilt werden. [Folter](#) und Misshandlungen sind weitverbreitet. [Insbesondere](#) mutmassliche Gülen*isten (von türkischen Behörden FETÖ genannt und des Putschversuchs von 2016 beschuldigt), PKK-Mitglieder sowie teilweise Mitglieder der pro-kurdischen Partei HDP sind davon betroffen. Starke Überwachung im Südosten. [Presse-](#), [Meinungs-](#) und [Versammlungsfreiheit](#) sind stark eingeschränkt. [Soziale Medien](#) werden überwacht und aktive Nutzer*innen können für Äusserungen strafverfolgt werden. Denunziation ist ein grosses Problem.

Laufendes Verfahren zum Verbot der HDP. Im Jahr 2021 verstärkte die Erdogan-Regierungscoalition ihre laufende Kampagne zur Kriminalisierung der legitimen politischen Aktivitäten der HDP. 2021 gab es physische Angriffe auf HDP-Büros, vor allem im Juni 2021 in der westlichen Provinz Izmir, wo ein Bewaffneter ein Parteimitglied [erschoss](#). Im Juni 2021 [akzeptierte das Verfassungsgericht](#) eine Anklage des Chefanklägers des Kassationsgerichts, die darauf abzielt, die HDP dauerhaft zu schliessen und 451 Politiker*innen und Parteifunktionär*innen ein fünfjähriges Verbot der politischen Betätigung aufzuerlegen. Das Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Keine Rechtsstaatlichkeit. Starke [Einflussnahme](#) der Regierung auf Judikative. Unfaire Prozesse in politischen Fällen. Schwache Beweise und erzwungene Geständnisse, sowie [Geheimzeugen](#) werden für Verurteilungen genutzt. Unverhältnismässige Strafen. Hohe [Willkür](#) bei Strafverfolgung. Definition von [Terrorismus](#) vage und breit.

Austritt aus Istanbul-Konvention gegen Gewalt an Frauen. Nach der Ankündigung im [März 2021](#) wurde der Austritt der Türkei aus der sogenannten Istanbul-Konvention am 1. Juli 2021 rechtskräftig. Dieser bedeutet einen grossen Rückschlag für die Bemühungen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt und zur Förderung der Frauenrechte in der Türkei. Die Regierung rechtfertigte den Rückzug unter anderem damit, dass die Konvention [«Homosexualität normalisiere](#)». In der Türkei werden [jährlich Hunderte von Frauen ermordet](#), und die Zahl der gemeldeten Fälle von [häuslicher Gewalt](#) ist nach wie vor hoch.

Militäroperation in Syrien und Irak. Im [Oktober 2021](#) verlängerte das Parlament das Mandat für Militäreinsätze in Syrien und Irak um weitere zwei Jahre. Seit 2019 hat die Türkei ihre [Militärpräsenz](#) und ihre Aktivitäten [in Irak](#) ausgebaut. In Syrien plant die Türkei nach Angaben von Präsident Erdogan eine [neue Operation](#), die darauf abzielt, in den von den kurdischen SDF kontrollierten Gebieten eine 30 km lange «Sicherheitszone» in Syrien zu schaffen und [eine grosse Zahl syrischer Flüchtlinge](#) aus der Türkei anzusiedeln.

4 Praxis Schweizer Behörden

Sehr hohe Schutzquote SEM. Zahlen des SEM für [2021](#): Anerkennungsquote 81.6%. Schutzquote (Positiv + VA): 87.4%.